Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0.30 Goldmark, für auswärts 0.35 Goldmark, für das Ausland 0.50 Goldmark. Die Reklamezeile, 81 mm breit, kostet 1.50 Goldmark, für auswärts 2.00 Goldmark. — Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0.10 Goldmark. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Bezugspreise: Für den halben Monat bei freier Zustellung durch Boten 1 G.-Mark. Postbezug für Monat Juli 2.00 Goldmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich č Kr. 15. Kreuzbandsendungen: im Inlande wochentlich 0.90 Goldmark, nach dem Auslande 1.20 Goldmark. Einzelnummer 10 G.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20024, 27981, 27982, 27983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postscheck: Dresden 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 174 — Sonnabend, 26. Juli 1924 — XXXII. Jahrg.

Die Konferenz noch immer gelähmt

Die Jagd nach der rettenden Formel

Politische Spaziergänge am Themsestrand — Wieder eine neue belgische Kompromißformel — Die Bankiers bleiben fest

Telegramm unsres zur Londoner Konferenz entsandten Sonderkorrespondenten

o. London, 25. Juli. (Eig. Drahtbericht) Auf Spaziergängen durch die Stadt, in stundenlangen Konferenzen mit den Bankleitern der verschiedensten Gruppen versuchten die Ministerpräsidenten Frankreichs und Belgiens gestern die Frage zu klären, bis zu welchem Grade sie auf die Forderungen der Bankgruppen eingehen könnten.

Zuweilen gestalteten sich diese Konferenzen sehr erregt, und es wird erzählt, daß Herriot mehrmals in großer Nervosität durch die Konferenzzimmer hin und herschritt und erklärte, daß er den Versailler Vertrag nicht verletzen dürfe, weil dies eine Lebensfrage für Frankreich sei. Der belgische Ministerpräsident Theunis mußte ihm begütigend auf die Schulter klopfen und ihn sogar einmal in ein Seitenzimmer führen, damit er sich wieder beruhige. Der Zustand Herriots flößt verschiedenen Persönlichkeiten, die im Laufe des gestrigen Tages mit ihm zusammenkamen, ziemliche Beunruhigung ein. Der französische Ministerpräsident scheint nicht imstande zu sein, auf angestrengten und schweren Konferenzen mit der nötigen Ruhe zu arbeiten.

Die Jagd nach einer rettenden Formel, die ihn, seine Partei und die Konferenz retten soll, hat ihn im Laufe der letzten 48 Stunden bis zu einer solchen Nervosität getrieben, daß er der Ruhe im höchsten Grade bedürftig ist. Das ist ein Faktor, mit dem die nächste Umgebung Herriots zu rechnen hat und mit dem auch die maßgebenden Persönlichkeiten der Konferenz allmählich zu rechnen beginnen. Man wird wohl nicht von einer „diplomatischen Erkrankung" sprechen können, wenn es heute oder morgen heißt, daß Herriot physisch nicht imstande ist, die Konferenz fortzusetzen.

Der ganze gestrige Tag wurde mit Konferenzen zwischen den Ministerpräsidenten und den Bankleitern verbracht. Der belgische Ministerpräsident unterhielt sich zuerst mit dem Vertreter der Morgan-Bank, Lamont, und **legte ihm wieder eine neue Formel vor, über deren Inhalt wenig verlautet, die aber offenbar auch nicht die Zustimmung der Bankherren finden wird.** Dann versammelten sich sämtliche Ministerpräsidenten in dem Hause des Bankleiters Kindersley. Auf beiden Seiten wurde betont, daß man alles tun müsse, um die Konferenz zu retten. Aber es kam nicht zu entscheidenden Schritten, sondern alles blieb bloß bei Versicherungen und Beteuerungen stehen.

Die maßgebenden Bankherren behaupteten, daß es sich um die Frage des Biegens oder Brechens handle. Die Franzosen müßten unbedingt auf ihr isoliertes Sanktionsrecht verzichten, könnten dann aber auf der andern Seite in finanzieller Hinsicht große Vorteile von den Anleihegruppen erhalten. Die Bankleiter verlangen unbedingt die Preisgabe der französischen Sanktionsforderungen und sehen nicht ein, weshalb späterhin auf ihre Kosten wieder einmal ein Experiment versucht werden soll wie das an der Ruhr.

Der französische Finanzminister Clémentel versuchte im Laufe des gestrigen Tages mit verschiedenen andern englisch-amerikanischen Bankgruppen in Verhandlungen zu treten. Es wird erzählt, daß ihm dieser Schritt vollständig mißlungen ist und er in das Hotel zurückkehrte mit den Worten: „Wir müssen bei der Firma bleiben, die uns das Geschäft anbietet; denn bei der Konkurrenz will man noch weniger von der Anleihe wissen als bei der alten Firma, mit der wir jetzt arbeiten."

Ueber die Arbeiten in den Ausschüssen läßt sich folgendes mitteilen: Die Frage der Zulassung Deutschlands wird eingehend geprüft und es scheint aus den bisherigen Besprechungen der beiden vorgestern erwähnten juristischen Sachverständigen hervorzugehen, daß den deutschen Vertretern ein volles Recht gewährt werden müsse, sich ausführlich und eingehend zu den Fragen, die der Dawes-Plan aufgerollt hat, zu äußern.

Anders steht die Sache in der Eisenbahnfrage. Der zustande gekommene Bericht ist ziemlich unbefriedigend und stellt fest, daß der französische Standpunkt vom englischen weit entfernt sei. Es wird in Delegationskreisen allerdings mitgeteilt, daß Herriot bereit wäre, noch eine weitere Verringerung der französisch-belgischen Eisenbahnermannschaft zuzugeben, im Prinzip aber bisher unerbittlich sei.

Das zweite Hauptkomitee hat den Bericht über die wirtschaftliche Ruhrräumung fertiggestellt. Dieser Bericht ist aber selbstverständlich nicht vollständig, weil darin die Eisenbahnfrage unerledigt bleibt und weil anderseits die ursprüngliche Meinung betreffs der Sanktionsfrage Aufnahme gefunden hat. Der Bericht enthält eine Mantelnote, in der gesagt wird, daß die Sachverständigen ihr Bestes getan haben, um die wirtschaftliche Räumung sowohl für die Alliierten als auch für Deutschland so glatt als möglich zu gestalten.

Der Bericht besteht aus sieben Artikeln. Im sechsten Artikel wird vorgesehen, daß ein gemischtes Komitee, aus deutschen und alliierten Vertretern bestehend, in Coblenz und Düsseldorf die wirtschaftliche Räumung durchführen soll. In Artikel 7 wird, abgesehen von den Sachleistungen, noch eine weitere politische Amnestie für Deutsche vorgesehen.

„Daily Telegraph" erhält aus Paris eine Mitteilung, in der es heißt, daß Herriot bei den dortigen maßgebenden Politikern Umfrage halten ließ bezüglich seines weiteren Verhaltens auf der Konferenz. Das Blatt weiß mitzuteilen, daß von maßgebender Seite, angeblich von seiten Poincarés, gesagt wurde, er (Herriot) möge so weit gehen wir nur möglich und versuchen, das Ansehen Frankreichs auf der Konferenz zu sichern, um die Konferenz nicht durch die alleinige Opposition Frankreichs zum Scheitern zu bringen. Dieser Bericht soll Herriot einigermaßen beruhigt haben. Er empfing im Laufe des gestrigen Abends Vertreter der französischen und englischen Zeitungen und sagte, man müsse noch einige Tage Geduld haben. Es sei eine Wendung zum Bessern möglich. Heute wird Herriot noch einmal mit dem amerikanischen Staatssekretär Hughes frühstücken. Hughes wird sich dann von der Konferenz zurückziehen und seine Reise nach Brüssel und Paris fortsetzen.

*

Beurteilung der Lage in der Wilhelmstraße

B. Berlin, 25. Juli. (Eigener Drahtbericht.) **In hiesigen unterrichteten Kreisen ist man nicht geneigt, in der Verschiebung der deutschen Einladung auf die nächste Woche schon eine ungünstige Wendung zu sehen. Nach wie vor hält man an der Auffassung fest, daß der Kompromiß, der in London gesucht wird, auch wohl gefunden werden dürfte. Indem die Juristen jetzt die Dinge festzustellen hätten, über die, weil sie im Versailler Vertrag stehen, mit uns nicht verhandelt zu werden braucht, sei man wohl schon dabei, für Herriot die rettende Formel zu schaffen. Er würde sich dann vor seinen französischen Kritikern darauf berufen können, daß er mit Deutschland nur über die Fragen verhandelt habe, die über den Versailler Vertrag hinausreichen. Auch hier nimmt man jetzt an, daß die deutsche Delegation etwa am Donnerstag oder Freitag der nächsten Woche in London erscheinen wird.**

*

Auffassung in Paris

Telegramm unsres Korrespondenten

ch. Paris, 25. Juli

Nach einem geflügelten Wort, das seit einigen Tagen in den politischen Kreisen von Paris herumgeboten wird, steigt Herriot in London einen Golgathaweg hinauf, hat aber erst die vierte und fünfte Station erreicht. Sein Weg wird noch unsägliche Mühsale bringen. Wohl sei sich Herriot vor seiner Abreise nach London der auf der Londoner Konferenz zu erwartenden Schwierigkeiten bewußt gewesen, aber er habe auf die tatkräftige Unterstützung Macdonalds gehofft. Heute müsse leider konstatiert werden, daß zwischen den Standpunkten der beiden Ministerpräsidenten eine Kluft bestehe. In der Tat tritt diese Kluft in mehr als einem Punkte in Erscheinung. Was zunächst die Einladung der Deutschen anbetrifft, so hält man in Paris daran fest, die Deutschen vor ein fertiges Projekt zu stellen und ihnen eventuell mittels eines Ultimatums dessen Annahme in unzweideutiger Weise nahezulegen. Demgegenüber ist England geneigt, mit den Deutschen auf gleichem Fuße zu verhandeln, um ihnen die Möglichkeit zu lassen, ihren Standpunkt und ihre Einwände gegen die ihnen aufzuerlegenden Verpflichtungen zu präzisieren. In Paris wird vor allem die Haltung des englischen Premiers und seines Schatzkanzlers scharf getadelt. Snowdon sei es eigentlich, der die Geschäfte führe, und er werde dabei von den deutsch-amerikanischen Finanzleuten der Federal-Reserve-Board unterstützt und beeinflußt. Der Schatzkanzler, der eng mit der City verbunden ist, vertrete noch viel radikalere Ansichten als Macdonald, die dahin gingen, den Versailler Vertrag zu vernichten.

Was soll Deutschlands Schicksal sein?

Eine Predigt in „Community Church" (New-York)

Von John Haynes Holmes

Der folgende Aufsatz ist der wesentliche Inhalt einer der berühmten Sonntagspredigten des in ganz Nordamerika bekannten Pfarrers John Haynes Holmes, die er in seiner Community Church in New-York kürzlich vor einer viele Tausende zählenden Zuhörerschaft gehalten hat. Der Prediger hat sich als mutiger Friedensfreund einen Namen gemacht. Die Predigt zeigt die beginnende Wandlung in der Meinung eines großen Teiles des amerikanischen Volkes.

D. Red.

(Unberechtigter Nachdruck verboten)

Ich werde heute morgen zu Ihnen über ein Thema sprechen, das die größte Aufmerksamkeit der zivilisierten Welt auf sich gezogen hat. Ich meine natürlich das Problem Deutschland und Europa. Es ist sonderbar — meinen Sie nicht auch —, daß wir dieses Problem sechs Jahre nach dem Abschluß des Waffenstillstandes zu betrachten haben. Alles schien so glatt geregelt zu sein zu jener Zeit. Die deutschen Armeen waren auf ihre Knie gezwungen worden. Unsre Feinde waren hilflos in unsrer Hand. Dann schrieben wir den Vertrag von Versailles genau in der Form, die uns behagte, und zwangen die Deutschen, ihren Namen auf die punktierte Linie zu setzen. Dann gingen wir daran, die Durchführung des Vertrages zu erzwingen; aber die Rechnung schien nicht zu stimmen! Monat auf Monat verging, und die Geschicke Deutschlands und Europas wurden schlechter und schlechter. In all diesen fünf oder sechs Jahren kam es weder zu einem Abschluß noch zu einer Befriedung, man konnte nicht einmal den Beginn eines Wiederauflebens von Erfolg und Zufriedenheit wahrnehmen, und heute scheinen wir zu einer Krisis gekommen zu sein, die uns zu verstehen gibt, daß wir an einem Scheidewege stehen.

Was soll das Schicksal Deutschlands und Europas sein? Wollen wir auf dem alten Wege fortfahren zu einem vollständigen Ruin unsrer Zivilisation? Oder wollen wir einen neuen und weiseren Weg der Politik betreten, der uns die Möglichkeit gibt, wenigstens etwas zu retten von all dem, was scheinbar so gut wie verloren ist?

* * *

Zwei Ereignisse scheinen mir auf die Krisis hinzudeuten, von der ich spreche.

Zum ersten wäre hier anzuführen die Ernennung der Dawes-Kommission und der Bericht, der soeben der Welt übergeben worden ist. An dieser Stelle möchte ich nur einfach die Bedeutung der Tatsache hervorheben, daß überhaupt eine Dawes-Kommission existiert und daß deren Bericht neue Richtlinien aufstellt für die Lösung der europäischen Schwierigkeiten. Hat dieses etwas andres zu bedeuten als die zutage liegende Tatsache, daß die Politik der Alliierten seit dem Waffenstillstand ein Fehlschlag gewesen ist? Es ist der positive Nachweis der Niederlage Poincarés und seiner gesamten Politik für Frankreich.

Das zweite Ereignis, das wir vorschwebte als Symptom einer bestehenden Krisis, ist der Zusammenbruch Deutschlands, ganz besonders das Stadium des Hungerns seiner Bevölkerung. Diese Tatsache des Hungerns ist nichts Neues. Sie begann bereits im Jahre 1916, als die Blockade Englands bereits ihre Wirksamkeit zeigte. Wir Wächter und Repräsentanten der Zivilisation, wir, die wir die Waffen ergriffen hatten gegen die Deutschen, um die Welt „sicher für Demokratie und Freiheit zu machen", ließen dieses Volk mit Zielbewußtheit verhungern wie Ratten in ihrer Falle, indem wir uns weigerten, ihnen auch nur einen Brocken Nahrung in ihrem Elend zuzuführen.

Und trotzdem ist dies noch nicht das Ende: Denn im Jahre 1922 kam der Zusammenbruch der deutschen Währung. Diesem folgte 1923 der Einbruch der Franzosen in die Ruhr und damit die Zerstückelung der wirtschaftlichen Einheit des Deutschen Reiches, die Heraufbeschwörung einer weitverbreiteten Arbeitslosigkeit und die Errichtung eines dauernden und immer tiefer wirkenden Zustandes deutschen Elendes. Und jetzt haben wir die Hungersnot!

* * *

Diese zwei Tatsachen, die Dawes-Kommission und die Hungersnot, sind es, die den Beweis erbringen, daß wir letzten Endes zu einer Krisis gelangt sind. Soll Deutschland weiterleben, oder soll es untergehen, und mit ihm soll Europa leben oder sterben? Das ist die furchtbare Frage, die die Welt zur Beantwortung herausfordert.

Die Dawes-Kommission hat ihre Arbeit innerhalb der Grenzen des Versailler Vertrages geleistet. Sie ist gezwungen worden, ihren Ausgang von derselben Behauptung der deutschen Schuld zu nehmen und die Einstellung auf die zwei gleichen logischen Folgeerscheinungen wahrzunehmen, nämlich „Reparationen" und „Sicherheit". Ihr Bericht, klug, wie er ist, und fördernd in gleicher Weise, bringt es noch immer am Ende zu demselben Dilemma, das Europa konfrontierte, vom Anfang des sogenannten Friedens. Er stellt nur einen letzten Versuch dar, das Problem zu lösen, das der Natur der Sache nach nicht lösbar ist. Die Dawes-Kommission unternimmt oder versucht zu unternehmen, Zustände herzustellen, die das Schwein mästen sollen, um es dann in profitabler Weise töten zu können. Dieser Mästungsprozeß kann in der Anleihe, der Emissionsbank, der Verrechnung von Besitztum und Kapital sowie der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit gesehen werden. Die Tötung ist durch die Anerkennung der Garantien, die in dem Vertrag von Versailles niedergelegt sind, und die Beibehaltung der militärischen Kontrolle und Besetzung durch Frankreich sichergestellt.

* * *

Die ganze Angelegenheit verliefe sehr zufriedenstellend, wenn Deutschland sich so ohne weiteres zum Mästen hergäbe, um dann geschlachtet zu werden. Aber noch ist Deutschland nicht bis zu dieser Tiefe der Degradierung gebracht worden. Die Deutschen — so sonderbar das klingen mag! — sind nun einmal ein Volk mit all den Reaktionen, Empfindungen, Gefühlen und Instinkten wie auch andre Völker. Das hat zu bedeuten, daß das Problem Deutschland heute genau so wie zu jeder andern Zeit jene moralischen und spirituellen Faktoren — „Imponderabilien", wie sie genannt werden — einschließt, die unter allen Umständen die Probleme des menschlichen Lebens beherrschen.

Menschen bleiben immer noch Menschen! Eine einfache Tatsache, die von der Dawes-Kommission genau so gründlich wie von der Friedenskonferenz im Jahre 1919 außer acht gelassen worden ist. Es ist doch sonderbar, wie Geschäftsmänner und Diplomaten sich an den grünen Tisch zur Lösung eines komplizierten Problems hinsetzen können, das sich mit den grundsätzlichen Beziehungen der menschlichen Wesen untereinander befaßt, und es lösen, oder wenigstens sich anschicken, zu lösen, als ob es sich um Faktoren handelt, die man wie Figuren auf einem Schachbrett oder Zahlen in einem Hauptbuch hin und her schieben kann.

Was wir in dieser Welt haben, sind weder Figuren noch Zahlen, sondern menschliche Wesen — Männer, Frauen und Kinder. Eben weil die Deutschen menschliche Wesen wie wir alle sind, konnten wir sie in Versailles nicht zugrunde richten, um sie dann zu zwingen, enormen Reichtum in unbestimmten Grenzen zu produzieren. Selbst Sklavenhalter haben erkannt, daß ihre Sklaven wohlgenährt, gekleidet und beherbergt werden mußten, um überhaupt irgendwelche Art Arbeit von ihnen zu erlangen. Und weil eben, wie schon gesagt, die Deutschen noch immer menschliche Wesen sind —

„Wenn du sie verletzest, bluten sie nicht?
Wenn du sie vergiftest, sterben sie nicht?
Wenn du ihnen unrecht tust, werden sie sich nicht rächen?"

ist es unausbleiblich, daß der Bericht der Dawes-Kommission zur Erfolglosigkeit verurteilt ist.

* * *

Edmund Burke machte in einer seiner großen Reden bei der Anklage des Warren Hastings eine bedeutsame Bemerkung: „Wenn es jemals eine heilige Sache gab", so sagte er, „in der Gerechtigkeit und Barmherzigkeit, nicht nur verbunden und zugestanden, sondern auch verwoben waren, so ist es in dieser Sache der duldenden Nationen, die wir vor diesen hohen Gerichtshof bringen."

Was damals in Burkes Zeit wahr gewesen ist, von der heiligen Sache der „duldenden Nationen", ist genau so wahr von dieser heutigen heiligen Sache. Was wir benötigen in dem Problem Deutschland, ist die Einfügung von „Gerechtigkeit und Barmherzigkeit", die hier, so glaube ich, in glücklichster Weise „verbunden und zugestanden" werden können mit dem Ziel, die Menschheit von der Vernichtung zu erlösen. Lassen Sie also sehen!

Gerechtigkeit bringt uns in allernächste Berührung mit dem Problem der „Reparationen". Wir haben zugestimmt, daß, wenn Deutschland für den Krieg verantwortlich war, es nur einfache Gerechtigkeit bedeutet, daß es für den Krieg zu zahlen hat. Das ist unumstößlich. Aber ist es wahr, daß Deutschland für den Krieg verantwortlich war — d. h. ausschließlich und völlig verantwortlich? Es ist diese Annahme der Kernpunkt der Friedensverhandlungen von Versailles. Sie wird jetzt von den Gelehrten der Welt verneint.

Wir wissen jetzt, daß Deutschland nicht ausschließlich für den Krieg verantwortlich zu machen ist, sondern daß es nicht nur nicht ver-